

Ist Pazifismus richtig?

Der Krieg in der Ukraine offenbart, dass politische und gesellschaftliche Bekenntnisse zur Gewaltfreiheit hierzulande im Ernstfall vielfach verstummen. Damit stellt sich die Frage, welche Gründe, gegebenenfalls unter welchen Bedingungen, den Pazifismus überhaupt rechtfertigen. Dieser Frage sind die nachfolgenden Überlegungen gewidmet.

Gewaltfreiheit aus moralischen Erwägungen

Das Wort Pazifismus setzt sich zusammen aus den lateinischen Worten „pax“ (Frieden) und facere (machen, tun). Es bedeutet wörtlich „Frieden stiftend“ und meint im übertragenen, gemeingebräuchlichen Sinn die Ablehnung von militärischer Gewalt.

Oft führen religiöse oder ethische Gründe dazu, dass Menschen Gewalt ablehnen. Dann basiert Pazifismus auf Glauben und Gewissen. Wer den Frieden zu bewahren oder zu erlangen sucht, damit Menschenleben um ihrer selbst willen vor Kriegsleid und Tod geschützt werden, handelt nach humanistischen Moralvorstellungen.

Doch ist es nicht ebenso humanistisch, von kriegigerischer Aggression betroffene Länder und Menschen militärisch zu schützen? Ist die pazifistische Haltung moralisch noch zu rechtfertigen, wenn ein menschenverachtendes Regime als brutaler Aggressor auftritt? Wie realitätsnah sind pazifistische Forderungen, wenn Kriegsparteien Verhandlungen ablehnen und ihre militärische Macht rücksichtslos zum eigenen Vorteil ausnutzen? Lassen sich Menschenrechtsbrüche durch Friedfertigkeit stoppen?

Offenbar können humanistische Grundsätze, je nach Situation und Sichtweise, sowohl Forderungen nach Gewaltfreiheit als auch den Einsatz von Waffengewalt begründen. Unzählige Religionskriege, die Segnungen von Kriegsgerät und kirchliche Schriften (Friedensdenkschrift der EKD 2025; Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz zur Debatte um den Wehrdienst) zeigen beispielhaft, dass Religionen ebenfalls keine Garanten für Pazifismus sind. Ein rein moralbasiertes Handeln ohne Realitätsbezug ist zudem in Gefahr, tatsächliche Konfliktursachen und echte Konfliktlösungen zu negieren.

Vernunft als Maßstab

Immanuel Kant publizierte 1795 sein Werk „Zum ewigen Frieden“. Er war ein Vertreter der Aufklärung, die das rationale Denken betonte. Es geht um Fakten und um Vernunft. Die Aufklärung hatte den Anspruch, das Denken von starren Vorstellungen zu befreien. Freiheit ist mit Verantwortung verbunden. Analog dazu sollte es zur Meinungsfreiheit dazugehören, Verantwortung für das eigene Denken zu übernehmen. Dazu zählt unter anderem, sich aus unterschiedlichen Quellen um umfassende Faktenkenntnisse zu bemühen sowie die Fakten in ihren komplexen Zusammenhängen kritisch differenziert zu betrachten und zu beurteilen. Schon hier sieht die Realität jedoch oft anders aus.

Entgegen dem „kategorischen Imperativ“ von Kant handeln Menschen oft zweckrational interessensgeleitet. Geopolitisch galt und gilt es unter Umständen als vernünftig, für die Durchsetzung von partikularen Interessen zu töten oder töten zu lassen. Daraus folgt, dass auch die subjektive Vernunft den Pazifismus nicht allgemeingültig begründet.

Erkenntnis als Maßstab

Sind wir Menschen erkenntnisfähig? Wenn ja, wie objektiv sind unsere Erkenntnisse? Hierüber streitet der Rationalismus mit dem Skeptizismus, streitet der Realismus mit dem Konstruktivismus. Im letzteren Fall geht es auch um die Frage nach dem Primat von Sein und Bewusstsein, einer grundlegend philosophischen Frage.

Wissenschaft hat die gesellschaftliche Aufgabe, Wissen und Erkenntnis zu schaffen. Damit kommt ihr die Rolle einer objektiven Instanz zu. Um dem verantwortungsvoll gerecht werden zu können, muss sie frei von ideologischen und politischen Weisungen arbeiten. In ihrer exponierten Rolle ist Wissenschaft allerdings ständig in Gefahr, für machtpolitische Interessen instrumentalisiert zu werden, was auch geschieht.

Inwiefern wissenschaftliche Erkenntnisse in das politische Handeln einfließen, darüber entscheiden ausschließlich die zuständigen politischen Gremien. Für diese sind, neben der Erkenntnis, Interessen und daraus abgeleitete Ziele handlungsbestimmend (siehe „Vernunft als Maßstab“). Subjektive Interessen wirken somit auf die objektive Realität.

Wissenschaft kann moralische Werturteile und politische Ziele systemisch einordnen und gegebenenfalls erklären, jedoch nicht abschließend und allgemeingültig begründen. Sie ist aber in der Lage, politische Handlungsoptionen zu entwickeln, die sich aus dem Stand des Erkennens der Realität ableiten und moralischen Kriterien beziehungsweise politischen Zielen entsprechen. Abhängig von den einbezogenen Fachgebieten sind dabei sehr unterschiedliche Aussagen möglich. So können Rechtswissenschaftler und Konfliktforscher bei der Einordnung geopolitischer Konflikte zu gegensätzlichen Schlussfolgerungen kommen. In solchen Fällen wäre gegebenenfalls zu hinterfragen, wie wirklichkeitsbezogen und allgemeingültig die zugrunde liegenden Prämissen sind.

Manchmal erleichtert der Blick auf sachfremde Disziplinen den Zugang zur eigentlichen Frage. So unterliegen geopolitische Konflikte komplexen Wirkzusammenhängen. Gleiches gilt für das Klima. Naturwissenschaftler haben komplexe Modelle entwickelt, mit denen klimapolitische Entscheidungen begründet werden. Im Unterschied zur unbelebten Natur wirken bei Konflikten kultur-, bewusstseins- und interessenabhängige Faktoren. Analog zu den naturwissenschaftlich basierten Klimamodellen sind geisteswissenschaftlich basierte Konfliktmodelle denkbar, welche den Kontext und die Dynamiken komplexer Konflikte verständlicher machen. Wäre dem nicht so, hätte hier der Skeptizismus gewonnen.

Im Vergleich zu Klimamodellen steht die Modellierung sozialer Systeme allerdings vor zusätzlichen Herausforderungen. Subjektive Faktoren erhöhen die Komplexität. Beispielsweise erfordern friedliche, nachhaltig tragfähige Konfliktlösungen eine gewisse Kompromissfähigkeit bis hin zu einem angemessenen Interessenausgleich. Das führt zum Begriff „Gerechtigkeit“, welcher mit objektiven Kriterien schwer fassbar und damit als Zielgröße in Konfliktsystemen kaum modellierbar ist.

Der Begriff „Gerechtigkeit“ impliziert zudem, dass Waffengewalt unter Umständen auch gerechtfertigt sein kann. Anscheinend ist der Pazifismus also auch wissenschaftlich nicht allgemeingültig begründbar.

Konfliktkultur und System

Das Streben nach Gewaltfreiheit ist ein Ausdruck der individuellen beziehungsweise gesellschaftlichen Konfliktkultur. Die Kultur eines sozialen Systems wird von diversen Faktoren bestimmt. Dazu zählen neben der gelebten Tradition maßgeblich die Regeln und Funktionsprinzipien des Systems, wie beispielsweise Konkurrenz oder Kooperation. Diesbezüglich unterscheidet sich die Friedensethik von der Machtpolitik.

Vorrangig konkurrenzbasierte Systeme werden die Frage nach Gerechtigkeit anders beantworten als verstärkt kooperationsorientierte Systeme. Unter den Bedingungen der Konkurrenz entscheiden die Machtverhältnisse darüber, was „richtig“ und „gerecht“ ist. Friedensfähigkeit muss also auch aus systemischer Sicht betrachtet werden.

In einer von Konkurrenz dominierten Weltordnung ist Pazifismus kein maßgebliches Prinzip und als Bestandteil des natürlichen Verhaltensrepertoires lässt sich Konkurrenz nicht gänzlich ausschließen. Doch wären Systeme möglich, in denen sich kooperative und konkurrenzbasierte Verhaltensweisen in friedenssichernder Balance befinden?

Versuch eines Fazits

Es ist zu vermuten, dass in den Denkfabriken der Machtpolitik komplexe Konfliktmodelle längst existieren und genutzt werden, um geeignete Strategien für die Durchsetzung politischer Interessen zu entwickeln. Die betreffenden Akteure werden ihr Wissen kaum offenlegen, sondern Meinungen schaffen und verbreiten, die ihren machtpolitischen Interessen dienen. Zumindest ist wahrzunehmen, dass wesentliche Aspekte von geopolitischen Konflikten in Politik und Massenmedien nicht diskutiert werden.

Wenn die Friedensbewegung wirksam sein will, muss sie ebenfalls politisch agieren und sich mit den komplexen Ursachen von Kriegen befassen. Im Gegensatz zur Machtpolitik dient es ihren ethischen Interessen, konfliktrelevantes Wissen zu verbreiten:

- um die den Kriegen zugrunde liegenden Interessenkonflikte sichtbar zu machen,
- um die auf diesen Interessen fußende Kriegspropaganda fundiert zu widerlegen,
- um sämtliche Verantwortlichkeiten für Kriegsleid klar zu benennen,
- um angemessene Friedensforderungen zu entwickeln und zu artikulieren sowie
- um die Folgen von Kriegspolitik (soziale Zusammenhänge, Kriegsleid) für die Mehrheit der jeweils betroffenen Bevölkerung aufzuzeigen.

Realitätsnahe Konfliktmodelle könnten die Friedensarbeit somit wirksam unterstützen. Wie umfänglich die räumlichen, zeitlichen und inhaltlichen Betrachtungsräume gefasst werden und welche Wirkmechanismen (psychologisch, soziologisch, ...) berücksichtigt werden müssten, wäre mit wissenschaftlichen Methoden zu klären.

Die Ausführungen unter „Erkenntnis als Maßstab“ zeigen allerdings, dass soziale Vorgänge sehr kleinteilig kontextabhängig sind. Sollte es deshalb objektiv nicht möglich sein, annähernd realitätsnahe Konfliktmodelle zu generieren, würde dies zumindest die Plausibilität gegensätzlicher Interpretationen bekräftigen und gut-böse-richtig-falsch-Kategorien kritisch hinterfragen. Sobald aber derartige Kategorien nicht mehr gelten, ist es ethisch ungerechtfertigt, Waffengewalt gegen Menschen einzusetzen. Fazit: Der systemische Blick macht den Pazifismus nicht allgemeingültig, stärkt ihn jedoch.